

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Sozialausschusses
von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Mittwoch, den 25.11.2020
Sitzungsbeginn:	14:00 Uhr
Sitzungsende:	16:45 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Stadtratssaal

Anwesend waren:

Stadtvorstand

Beate Steeg

SPD-Stadtratsfraktion

Holger Scharff

Martina Blaufuß

Jürgen Kofink

Eleni Vassiliadou

CDU-Stadtratsfraktion

Dr. Peter Uebel

Christoph Heller

Rebecca Wild

Kirsten Pehlke

Andreas Massion

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Gisela Witt-Pieper

Uwe Lieser

Stadtratsfraktion Grüne LU und Piraten

Sebastian Hochwarth

Ralf Tönnies

AFD-Fraktion Ludwigshafen

Hans-Joachim Spieß

Nela Drescher

FDP-Stadtratsfraktion

Dieter Schneider

DIE LINKE Stadtratsfraktion

Friederike Rüd

Schriftführer/in

Maria Östreich-Liebl

Entschuldigt fehlten

FWG Stadtratsfraktion

Andreas Sandmann

Gast

CDU-Stadtratsfraktion

Andreas Gebauer

Tagesordnung:

1. Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2021/2022 des Dezernates "Soziales und Integration"
Vorlage: 20202513
2. Zuschüsse, an Träger der Wohlfahrtspflege
Vorlage: 20202514

Anträge

1. Antrag der Grünen Ludwigshafen und Piraten, Duldung der Lagerstätten von Obdachlosen
Vorlage: 20202647
2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, Betreuung alkoholkranker Menschen
Vorlage: 20202648

Anfrage

1. Anfrage die Grünen im Rat, Unterbringung von Asylbewerbern
Vorlage: 20202657

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Sozialausschuss war beschlussfähig.

Protokoll:

zu TOP 1 Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2021/2022 des Dezernates "Soziales und Integration"

Der Sozialausschuss möge die Berichte zur Kenntnis nehmen.

Beschluss

Kenntnis genommen.

zu TOP 2 Zuschüsse, an Träger der Wohlfahrtspflege

Der Sozialausschuss möge die Auszahlung der in der Vorlage aufgeführten **freiwilligen Zuschüsse** beschließen– vorbehaltlich der Anträge, der entsprechenden Verwendungsnachweise für das jeweilige Vorjahr sowie der Genehmigung des Haushaltes durch die ADD.

Von den **Zuschüssen mit gesetzlicher/vertraglicher Verpflichtung** möge der Sozialausschuss Kenntnis nehmen.

Beschluss

Der Sozialausschuss hat die Auszahlung der in der Vorlage aufgeführten **freiwilligen Zuschüsse** wie beantragt beschlossen und von den **Zuschüssen mit gesetzlicher/vertraglicher Verpflichtung** Kenntnis genommen.

Anträge

zu 1 Antrag der Grünen Ludwigshafen und Piraten, Duldung der Lagerstätten von Obdachlosen

Grünes Forum und Piraten beantragen unter Auflagen die Duldung der Lagerstätten von Obdachlosen in der Öffentlichkeit. Die Duldung bezieht sich auf alle Bereiche unter Brücken und Hochstraßen, die nicht auf Grund einer akuten Gefahr gesperrt sind.

Beschluss

Der Antrag wurde nach Aussprache zurückgenommen.

zu 2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, Betreuung alkoholkranker Menschen

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgende Anträge:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie ein Konzept ähnlich dem Café Anker in Mannheim auf Ludwigshafen übertragen werden kann.
2. Der Prüfantrag wird so zeitnah bearbeitet, dass die für ein Konzept notwendigen Mittel in den Haushalt/Stellenplan 2021/2022 eingestellt werden können.

Beschluss

Die Verwaltung erhält einen Prüfauftrag zur Schaffung einer weiteren Stelle „aufsuchende Arbeit für das gesamte Stadtgebiet“ unter Einbeziehung aller Beteiligten der Suchhilfenetzwerke. Dieser Auftrag soll konzeptionell mit dem Antrag der CDU vom 19.08.2020 im Stadtrat verbunden werden.

Anfrage

zu 1 Anfrage die Grünen im Rat, Unterbringung von Asylbewerbern

Anfrage Die Grünen im Rat

Die Fachstelle Wohnraumsicherung hat in den letzten Wochen einigen geflüchteten Familien, die auf einem guten Weg zur Integration sind, Umsetzungsverfügungen zukommen lassen, sodass die Familien in städtische Wohnungen neu eingewiesen wurden.

Dies kam für viele Familien sehr kurzfristig und überraschend. Sie hatten keine Möglichkeit sich nach Alternativen umzuschauen. Sie wurden in wesentlich kleinere, sehr beengte und schlecht zu heizende Wohnungen umgesetzt.

1. Wie viele Familien sind in LU von diesen Umsetzungsverfügungen betroffen?
2. Was sind die Gründe für die Umsetzungen und was wird mit dem bisher von der Stadt angemieteten privaten Wohnraum geschehen?
3. Warum war es bislang nicht möglich für die betroffenen Familien Wohnraum z.B. über die GAG als Anbieter von öffentlich gefördertem Wohnraum zur Verfügung zu stellen?
4. Gibt es die Option mit den betroffenen Familien frühzeitiger zu sprechen und mit ihnen gemeinsam nach passenden Lösungen zu suchen?

Stellungnahme der Verwaltung

Die Fachstelle Wohnraumsicherung hat in den beiden Einweisungsgebieten in 2020 keine Umsetzungen gegenüber geflüchteten Familien vorgenommen. Derartige Verfügungen werden seitens der Abteilung Asyl erlassen.

Im Jahr 2015 wurden aufgrund der mangelnden Unterbringungsmöglichkeit von Flüchtlingen seitens der Stadtverwaltung verschiedene Mietverträge mit einer Laufzeit von fünf Jahren unterzeichnet.

Diese zeitliche Befristung wurde den Flüchtlingen wie auch dem Ehrenamt gegenüber kommuniziert. Die Verträge enden im Jahr 2020 und es besteht aufgrund eigener freier Kapazitäten keine Notwendigkeit mehr, diese teilweise überbewerteten Wohnungen beizubehalten.

Ziel der Verhandlungen ist, dass geeignete Bewohner*innen mit dem Eigentümer das Mietverhältnis fortführen.

In 2020 war die Übernahme der Bewohner*innen seitens der Eigentümer in ein unbefristetes Mietverhältnis in acht Fällen möglich.

Der Aussage, dass die Bewohner*innen "in wesentlich kleinere, sehr beengte und schlecht zu heizende Wohnungen" umgesetzt werden, kann nicht geteilt werden:

- Vier Familien bezogen städtische Wohnungen,
- eine Familie wechselte in eine andere Privatwohnung,
- vier Familien bezogen Wohnungen in einem Punkthaus und
- vier Familien wurden am Standort Wattstraße untergebracht.

Antwort zu Frage 1

In 13 Fällen mussten wir in 2020 eine Umsetzungsverfügung erlassen, da die Mietzinsvorstellungen der Eigentümer absolut inakzeptabel waren bzw. die Eigentümer weder mit der Stadt noch den Bewohner*innen verlängern wollte.

Antwort zu Frage 2:

Gründe für die Umsetzungen aus privaten Wohnungen sind darin zu sehen, dass die zwischen Privatpersonen und der Stadt abgeschlossenen befristeten Mietverträge enden und es weder von Seiten der Eigentümer ein Interesse gibt, mit den Asylbewerberfamilien das Mietverhältnis zu verlängern, noch ein Interesse von städtischer Seite gegeben ist, die Mietverträge zu den neuen Bedingungen der Vermieter zu verlängern.

Die Wohnungen werden nach Beendigung des Mietvertrages an die Eigentümer zurückgegeben.

Antwort zu Frage 3:

Wenn ein Vermieter, unabhängig ob der Vermieter GAG oder Wohnen + Bauen heißt, nicht bereit ist, einen Mietvertrag mit einem Dritten abzuschließen, bliebe die Möglichkeit, dass die Stadt den Vertrag abschließt. Privatwohnungen anzumieten, wenn im eigenen Bestand Kapazitäten vorhanden sind, widerspricht jedoch dem Grundsatz einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung.

Antwort zu Frage 4:

Die eingewiesenen Bewohner*innen wissen von Beginn an, dass sie zeitlich befristet in einer fremden Wohnung wohnen, was jedoch über die Jahre in Vergessenheit gerät.

Wenn sich abzeichnet, dass es zu keiner Einigung mit dem Eigentümer kommt, werden die Bewohner*innen zu einer Anhörung geladen.

Wird eine solche Anhörung nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz ignoriert, folgt die Umsetzungsverfügung mit einer vierwöchigen Frist nebst Rechtsmittelbelehrung.

Familien, bei denen sich der Aufenthaltsstatus bereits geändert hat und damit keine Zuständigkeit mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gegeben ist, können sich ab diesem Zeitpunkt frei nach Wohnungen umsehen. Sie müssen nicht auf eine Umsetzung durch die Abteilung Asyl warten.

Wir sind immer dankbar, wenn sich anerkannte Flüchtlinge unabhängig und selbständig um neuen und eigenen Wohnraum kümmern. Und es ist uns bekannt, dass viele dabei auch Unterstützung durch das Ehrenamt Asyl erfahren – was wir sehr zu schätzen wissen!

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss die Vorsitzende um

16:45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 01.12.2020

Maria Östreich-Liebl
Schriftführer

Beate Steeg
Vorsitzende